

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 138 (1972)

Heft: 1

Rubrik: Ausländische Armeen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lin aus: «Wie es auch immer um Frankreichs Möglichkeiten zum Unterhalt seiner Armee bestellt ist, macht uns der verantwortliche Minister glauben, unsere Verteidigung sei sichergestellt dank einer Einsatzdoktrin, die offenbar völlig unabhängig ist von den sachlichen Fragen der Bestände, des Materials, des Umfangs der verfügbaren Kräfte, ihrer Leistungsfähigkeit und des Gleichgewichts der einzelnen Teile». Von diesem Standpunkt aus scheint es ihm völlig ungereimt, daß die amerikanischen Anstrengungen zur Verteidigung Europas von französischer Seite «beschimpft wurden als ein Versuch Amerikas, Europa seinem militärischen Diktat zu unterwerfen». Dabei muß beachtet werden, daß Frankreich noch immer von zahlreichen Einrichtungen profitiert, die durch gemeinsame Anstrengungen der NATO-Staaten entstanden sind und die es sich aus eigenen Mitteln nicht leisten könnte.

Die entscheidende Bedeutung der amerikanischen Präsenz besteht nach Stehlin darin, daß überall dort die Militärmacht der UdSSR neutralisiert bleibt, wo sie das Risiko einer direkten Konfrontation mit den USA in Rechnung stellen muß. Dieser Sachverhalt charakterisiert zur Zeit noch die Situation auf dem europäischen Kontinent, aber bereits in wesentlich eingeschränkterem Sinne im Mittelmeerraum. (Man ist sich heute kaum mehr bewußt, daß ursprünglich selbst Algerien in der atlantischen Allianz eingeschlossen war.) Die Verstärkung der sowjetischen Mittelmeerflotte vollzieht sich mit einer Geschwindigkeit und Beharrlichkeit, die Besorgnis erregen müssen. Eine genaue Analyse ihres Bestandes muß zur Erkenntnis führen, daß sie viel weniger für die maritime Kampfführung als für Landoperationen geeignet ist. Im Gegensatz zur Lage in Kontinentaleuropa ist diejenige im Mittelmeerraum dadurch charakterisiert, daß die Sowjetunion hier Expansionsmöglichkeiten vorfindet, die nicht unweigerlich den Zusammenstoß mit den USA herbeiführen müssen. In den Rahmen dieser Möglichkeiten gehört nach Stehlin auch die Hypothese einer Landoperation an der französischen Südküste, kombiniert mit massiver subversiver Tätigkeit im Landesinnern. Ob in einem solchen Falle die USA sich selber direkt engagiert fühlen würden, ist durchaus ungewiß und weist eindrücklich darauf hin, daß die bedrohten Länder die Gefahr durch gemeinsame Verteidigungsanstrengungen am ehesten bannen können. fe

(Nr. 7/1971)

Mitteilungen

9. Zentralvostandssitzung der SOG vom 29./30. Oktober 1971 in Schaffhausen

Unter Leitung des Zentralpräsidenten, Oberst i GSt Heinrich Wanner, und in Anwesenheit des Präsidenten der KOG Schaffhausen, Major Seiler, fand am 29. und 30. Oktober 1971 in Schaffhausen die 9. Sitzung des Zentralvorstandes statt.

Einleitend kam der Zentralpräsident auf die jüngste Aussprache zwischen den Spitzen des EMD und Vertretern der SOG zurück. Das Hauptanliegen der SOG geht dahin, über die großen Projekte des EMD so rechtzeitig orientiert zu werden, daß eine sinnvolle und erfolg-

reiche Zusammenarbeit von Anfang an gewährleistet ist. Als Beispiel diene das Leitbild der Armee der achtziger Jahre.

Der Zentralpräsident orientierte alsdann über die erste Landeskonferenz der militärischen Verbände vom 9. Oktober 1971 in Bern. Unseren Lesern ist hierüber bereits in ASMZ Nr. 11/1971, S. 795, berichtet worden.

Unter den Mitteilungen aus den Kommissionen wird nicht ohne Bedenken registriert, daß der durch die Kommission für außerdienstliche Tätigkeit organisierte Kurs über Nachtausbildung wegen ungenügender Anmeldezahl abgesetzt werden mußte (vergleiche hierzu ASMZ Nr. 12/1971, S. 883). Der Zentralvorstand nimmt dies zum Anlaß, sich durch die Sektionen mittels eines Fragebogens über die außerdienstliche Aktivität orientieren zu lassen.

Die Verwaltungskommission der ASMZ bemüht sich gemäß dem Auftrag der Präsidentenkonferenz weiterhin, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die ASMZ an sämtliche Mitglieder der SOG abgegeben werden kann.

Das wichtigste Traktandum indessen galt dem Problemkreis der Dienstpflicht, der Behandlung der Militärdienstverweigerer beziehungsweise der Einführung eines Zivildienstes. Nach Zustandekommen der Münchener Zivildienstinitiative, die zwar dem Vernehmen nach noch nicht eingereicht worden ist, wird sich die SOG einmal mehr einläßlich mit dieser Frage auseinandersetzen. Eine erweiterte Präsidentenkonferenz soll zunächst einmal der allseitigen Information über den gesamten Problemkreis dienen. Diese Informationstagung wird die Grundlagen für die Meinungsbildung und Stellungnahme der SOG liefern. Sbr

Ausländische Armeen

NATO

Ende Oktober befaßte sich in Brüssel eine Konferenz der *nuklearen Planungsgruppe* der NATO, an der die Verteidigungsminister der USA, Großbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Dänemarks und Griechenlands teilnahmen, mit der Ost-West-Situation auf dem Gebiet der *atomaren Bewaffnung*. Der amerikanische Verteidigungsminister Laird gab den Verbündeten eine detaillierte Übersicht über den gegenwärtigen Stand der strategischen Nuklearrüstung. Ferner wurde eine amerikanisch-deutsche Studie, die sich mit nuklearen Verteidigungsmaßnahmen im *süddeutschen Raum* (CENTAG) befaßt, diskutiert. Die Planungsgruppe hat bisher vier große politische Richtlinien ausgearbeitet, die sich auf den Einsatz taktischer Atomwaffen in Europa, das nötige Konsultationsverfahren unter den Alliierten, den Einsatz von atomaren Sprengmitteln (ADM) sowie auf die Rolle der sogenannten «Strike»-Bomber beziehen. Hauptproblem bei der Verbesserung dieser Studien war die Frage, wie die NATO reagieren soll, wenn ein erster atomarer Einsatz im Konfliktfall den Gegner *nicht* zum Stehen gebracht hat. – In seinem Referat gab Laird zu verstehen, daß die Aussichten auf mögliche Ost-West-Verhandlungen über beidseitige Truppenreduktionen allein nicht ausreichen, jetzt schon eine Verringerung der westlichen Verteidigungskraft ins Auge zu fassen. Laird

wies auch auf eine «unerwartet schnelle Zunahme» der *sowjetischen* strategischen Atomwaffen hin, die er als «besorgniserregend» bezeichnete. Es sei durchaus denkbar, daß der heute noch bestehende Nuklearvorsprung der USA bereits 1974, und nicht erst 1975, wie bisher angenommen, von den Sowjets eingeholt sein könnte. Laird betonte sodann den Willen der USA, die amerikanischen Luft-, Boden- und Seestreitkräfte im NATO-Bereich zu stärken.

Am 12. November traten in Brüssel die *Verteidigungsminister* der europäischen NATO-Länder (ohne Frankreich) zu einer Konferenz zusammen, an der Einzelprobleme eines verbesserten europäischen Verteidigungsbeitrages im Rahmen der Allianz beraten wurden. Wie verlautete, besteht beim europäischen NATO-Verstärkungsprogramm noch eine Finanzierungslücke von rund 30 Millionen Dollar.

In der Ägäis und im östlichen Mittelmeer fanden im November unter dem Decknamen «Double edge» 2 Wochen dauernde *Flottenmanöver* der NATO statt, an denen sich amerikanische, britische, italienische, griechische und türkische Schiffe, U-Boote und Flugzeuge beteiligten. z

Frankreich / Bundesrepublik

Politische Schwierigkeiten beim Programm «Alpha-Jet»

Noch ist kein abschließender Vertrag zwischen den beiden Partnern zustande gekommen, weil die Bundesregierung sich den französischen Exportwünschen für diese Baumuster bisher widersetzt hat. Man ist in Bonn der Auffassung, daß Waffenexporte außerhalb der NATO grundsätzlich abzulehnen seien. Frankreich jedoch soll am Programm «Alpha-Jet» nur dann interessiert sein, wenn Exportmöglichkeiten dieses Flugzeuges weltweit auch von der Bundesrepublik gutgeheißen werden. Diese Politik Frankreichs ist indessen nicht neu. Frankreich ist bekanntlich auch nicht Mitglied der NATO und beliefert nunmehr auch Libyen mit «Mirage»-Kampfflugzeugen, während die in Frankreich stehenden bezahlten Einheiten für Israel blockiert bleiben! kg

Bundesrepublik Deutschland

Verteidigungsminister *Helmut Schmidt* sprach sich in einem Interview für eine *Truppenreduzierung* auf beiden Seiten der mitten durch Europa gehenden «Demarkationslinie» zwischen West und Ost aus. Er wies Bedenken zurück, daß jede Rüstungsverminderung in Europa auf westliche Kosten gehen müsse. Denn niemand könne glauben, daß die USA noch ein weiteres Vierteljahrhundert ihre Soldaten in Europa lieben; deshalb liege es im Interesse der Bundesrepublik, daß Amerikaner und Russen gleichzeitig «nach Hause gehen». Dabei müßten allerdings «die geographischen Tatsachen» in Kauf genommen werden, die Moskau zugute kämen. Schmidt schloß einen Krieg zwischen den USA und der UdSSR sowie zwischen den Verbündeten dieser beiden Weltmächte aus. Es werde allerdings noch viele Jahre dauern, bevor ins Gewicht fallende Rüstungsbeschränkungen auf *beiden* Seiten vorlägen.

Die «Starfighter»-Pechsträhne nimmt kein Ende. Während eines Übungseinsatzes auf einem Schießplatz in Arizona (USA) stürzte der 141. «Starfighter» der Bundeswehr ab, während der 142. am 17. November in der Nähe von Neuburg (Bayern) beim Landeanflug verunglückte; dabei kam der Pilot ums Leben. z

Frankreich

Frankreich wird im kommenden Finanzjahr 31,205 Milliarden Francs für seine *Verteidigung* ausgeben, das heißt 3,2% des Bruttosozialproduktes. Verteidigungsminister Debré betonte dazu, daß die Verteidigungsausgaben im Staatsbudget 1972 am wenigsten angestiegen seien; tiefer könne man nicht mehr gehen.

Ein «*Mirage IV*» der französischen Luftwaffe ging Mitte November im Südwesten Frankreichs während eines Übungsfluges verloren. Es handelt sich um den zweiten Absturz eines Flugzeuges dieses Typs innerhalb eines Monats. z

Großbritannien

Beim Absturz eines britischen Militärtransportflugzeuges des Typs «*Herkules C130*» vor Livorno, das mit 46 italienischen Fallschirmjägern und einer sechsköpfigen britischen Besatzung auf dem Weg zum britisch-italienischen Manöver «*Golfstrom*» auf Sardinien war, kamen alle 52 Insassen ums Leben. Als Unfallursache wurde der Ausfall eines Triebwerkes des viermotorigen Flugzeuges vermutet. Die britische Luftwaffe verfügt über insgesamt noch 65 Maschinen dieses Typs, der 1968 in Dienst gestellt wurde. Bereits im März 1969 hatte sich ein Absturz ereignet, nach dem es keine Überlebenden gab.

Vom 1. November 1971 an begann der *Rückzug* der britischen Truppen im Raum *Singapur-Malaysia*. Am gleichen Tage trat das Abkommen Londons mit diesen beiden Ländern sowie Australien und Neuseeland über die künftigen Verteidigungsaufgaben in Kraft. Mit diesem Abzug geht die über 150 Jahre dauernde militärische Vorherrschaft Großbritanniens in dieser Weltregion zu Ende. Damit hat nun, wie der letzte Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte im Fernen Osten, Luftwaffenmarschall *Burnett*, in Singapur an einer Pressekonferenz bemerkte, im Indischen Ozean eine Zeit verstärkter Präsenz der *russischen* Kriegsflotte begonnen, die in jüngster Zeit immer häufiger in diesen Gewässern aufkreuzte. z

Italien

Rückwirkend auf den 1. Oktober 1971 wurde der *Tagessold* der italienischen Soldaten von bisher 90 Lire auf 500 Lire erhöht. Dafür fällt die *Zigaretten- und Streichhölzerration*, die den Soldaten bisher täglich zustand, weg. Auch die Bezüge der höhern Dienstgrade wurden heraufgesetzt. z

Österreich

Das österreichische *Bundesheer* scheint sich rasch einer Krise zu nähern. Nach der (der «*Volkspartei*» nahestehenden) «*Südost-Tagespost*» haben sich für die in Bundeskanzler

Kreiskys Gesetzesnovelle vorgesehenen 15000 Mann *Einsatztruppe*, die auf Grund von Freiwilligenmeldungen aufgestellt werden soll, bisher lediglich 99 «*Durchdienende*» gestellt, junge Männer also, die bereit sind, über die auf 6 Monate herabgesetzte Dienstpflicht hinaus weitere 2 Monate zu absolvieren. Nicht einmal beachtliche materielle Anreize vermochten diese vernichtend geringe Zahl zu vergrößern. z

USA

Der amerikanische Senat hat am 23. November einen Antrag von Senator *Mansfield* abgelehnt, die *US-Truppen in Europa* bis zum 15. Juni 1972 um 60000 auf 250000 Mann zu reduzieren. Mit 54 gegen 39 Stimmen entschied der Senat eindeutig, die Verhandlungsfreiheit der Regierung Nixon bei kommenden Verhandlungen über einen ausgewogenen Truppenabzug in Ost und West nicht durch einseitige Abzugsforderungen einzuschränken. Mit dieser Abstimmung hat sich die Regierung Nixon zum zweitenmal innerhalb des Jahres 1971 gegen jene Kräfte im Kongreß durchgesetzt, die aus finanziellen Gründen eine einseitige Verminderung der amerikanischen Truppen in Europa anstreben.

Nach einer zweiwöchigen Inspektionsreise bei den in *Westdeutschland* stationierten *amerikanischen Truppen* bezeichnete der Staatssekretär des Heeres im US-Verteidigungsministerium, *Froehle*, als Hauptprobleme dieser Truppe die Rassendiskriminierung, Verbrechen und sinkende Moral. Der Staatssekretär beteuerte jedoch, daß die Kampfkraft der rund 310000 Mann starken amerikanischen Armee in Westeuropa nicht gefährdet sei. Zur *sinkenden Truppenmoral* meinte er, daß zahlreiche Soldaten den Sinn für die Präsenz amerikanischer Truppen in Deutschland nicht mehr begriffen. Sie beklagten sich auch über Langeweile. Ein Alkoholproblem bestehe nicht; über die Rauschgiftfrage habe er sich kein Bild machen können, doch seien Raub und Vergewaltigungen, die von den Soldaten in den Garnisonstädten begangen würden, schwierige Probleme, welche auch die Beziehungen zwischen den GI und der deutschen Bevölkerung belasteten. Zur Verbesserung dieser Beziehungen regte *Froehle* Deutschkurse für die Soldaten an.

Zwei militärische *Fernmeldesatelliten*, die am 2. November von den USA mit einer einzigen «*Titan*»-Rakete auf eine Erdumlaufbahn geschossen wurden, ersetzen 26 andere Satelliten des ersten militärischen Fernmeldenetzes. Die beiden neuen Satelliten, von denen jeder 68 kg wiegt, können auch verschlüsselte Meldungen übermitteln. Der eine kommt über dem Atlantik, der andere über dem Pazifik zum Einsatz.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat das *Verteidigungsbudget für 1972* in der Höhe von 71 Milliarden Dollar mit 342 gegen 51 Stimmen genehmigt. Es betrifft die Periode vom 1. Juli 1971 bis zum 30. Juni 1972. Die 71 Milliarden Dollar machen ein Drittel des amerikanischen Gesamtbudgets aus und liegen um 1,46 Milliarden höher als das vorangegangene Budget, jedoch um 2,5 Milliarden tiefer, als Präsident Nixon beantragt hatte.

Vertreter der sowjetischen und der amerikanischen *Marine* haben in Moskau ein Abkommen über technische und operative Maßnahmen zur Verhinderung von Zwischenfällen

auf hoher See abgeschlossen. Einzelheiten des Inhaltes wurden nicht bekanntgegeben, es hieß lediglich, daß es um «operative und technische Maßnahmen» gehe. Keine Seite habe Zwischenfälle der Vergangenheit zur Sprache gebracht, dagegen hätten *beide* Parteien die *Freiheit ihrer Kriegsmarinen*, auf hoher See zu operieren, anerkannt. In die Erörterungen wurden nur Überwasserschiffe, jedoch keine U-Boote einbezogen.

Der Krieg in *Indochina* hat bis Mitte November 1971 auf amerikanischer Seite insgesamt 55506 Tote gefordert, die bisher – sofern nicht verschollen – alle identifiziert werden konnten. Im Unterschied zu allen früheren Kriegen wurden bisher die Leichen aller in Indochina gefallenen Amerikaner in die USA heimgeschafft.

Nach Aussagen des demokratischen Senators *F. Church* (Idaho) sind die Vereinigten Staaten die größten *Waffenlieferanten* der Welt. In Form von langfristigen Krediten, Gratislieferungen und in anderer Weise hätten sie in den letzten 20 Jahren sechsmal mehr Waffen geliefert als die Sowjetunion. Zwischen 1950 und 1970 exportierten nach *Church* die USA Waffen und militärische Ausrüstung im Gesamtwert von 36,5 Milliarden Dollar, darunter 4385 F84-Jagdflugzeuge, 2821 F86-Jäger, 3343 Trainingsflugzeuge, 21725 Panzer, 83280 Anhängewagen, Lastwagen im Gesamtgewicht von 160353 t, 2317000 Karabiner, 2106000 Gewehre, 77400 Maschinengewehre, 29900 Granatwerfer und 32500 Raketen. Senator *Church* erklärte, daß die USA den Fehler begangen hätten, das erfolgreiche Rüstungsprogramm für NATO-Länder auf den Nahen Osten und Asien zu übertragen.

Auf der einsamen Aleuteninsel *Amchitka*, zwischen Alaska und der Sowjetunion, haben die USA in der Nacht auf den 7. November ihre bisher mit Abstand stärkste *unterirdische Kernwaffenexplosion* ausgelöst. Die Explosion in einer Basaltfelsenkammer – 1790 m unter der Erdoberfläche – hatte eine Kraft von 5 Mt des herkömmlichen Explosivstoffes TNT. Hauptzweck des Versuches war die *Erprobung des Gefechtskopfes* der «*Spartan*»-Rakete, die das Rückgrat der künftigen amerikanischen Raketenabwehr im Rahmen des Abwehrsystems «*Safeguard*» bilden soll. Die Explosion löste zwar örtlich einen starken Erdstoß aus, der sogar noch von Seismographen in Südafrika registriert wurde und Pretoria nach 19 Minuten erreichte, doch blieb das Beben begrenzt. Der vorsorglich angeordnete amerikanische Flutwellenalarm wurde eine halbe Stunde nach dem Experiment abgebrochen. Nach Angaben der amerikanischen Atomenergiebehörde soll keine Radioaktivität an die Erdoberfläche entwichen sein. Noch wenige Stunden vor dem Experiment hatten in zahlreichen amerikanischen Städten Kundgebungen gegen die Explosion auf *Amchitka* stattgefunden. Es ist daran zu erinnern, daß die UdSSR im Oktober 1971 auf *Nowaja Semlja* ebenfalls ein unterirdisches Kernwaffenexperiment durchführte, bei dem ein Sprengkörper von über 5 Mt getestet wurde. Von amerikanischer Seite wurde denn auch das eigene Experiment von *Amchitka* als «notwendig für die nationale Sicherheit der USA» bezeichnet. Der nukleare Rüstungswettlauf geht erbarmungslos weiter!

Amerikanische «*Spartan*»-Raketen sollen anfliegende feindliche Interkontinentalraketen bereits hoch über der Erdatmosphäre abfangen und durch die Gewalt ihrer eigenen Explosion

vernichten. Der unter dem Decknamen «Cannikin» («Kännchen») durchgeführte Versuch mit einer etwa 4½ m langen H-Bombe sollte erweisen, ob der Sprengkopf richtig konstruiert sei, die Sprengwirkung den Erwartungen entspreche und ob bei der Explosion genügend Röntgenstrahlen frei würden, welche eine anfliegende feindliche Rakete samt ihrem Atomsprenkopf zerstören könnten. z

Erhöhung der Bezüge der Angehörigen der bewaffneten Macht

Das Bestreben, die allgemeine Wehrpflicht in den USA abzuschaffen und zu einem Freiwilligenheer überzugehen, ist durch den Krieg in Vietnam behindert worden. Der Kongreß hat nach einigem Zögern das Wehrpflichtgesetz, das am 30. Juni 1971 abgelaufen war, nochmals um 2 Jahre verlängert. Aber daß die Absicht keineswegs aufgegeben ist, beweist das am 21. September 1971 vom Kongreß beschlossene Gesetz, das den Angehörigen der bewaffneten Macht eine Erhöhung ihrer Bezüge um den gewaltigen Betrag von 2,4 Milliarden Dollar jährlich bringt. Das Gesetz sollte am 1. Oktober 1971 in Kraft treten; aber infolge des Preis- und Lohnstopps, den Präsident Nixon am 15. August 1971 zur Bekämpfung der Inflation, zur Besserung der Handelsbilanz und zur Verminderung der passiven Zahlungsbilanz verkündet hat, wird die Erhöhung erst am 1. Dezember 1971 praktisch werden. Erster Zweck des Gesetzes ist, mehr junge Leute anzulocken, freiwillig der Wehrmacht beizutreten.

Die gegenwärtigen Bezüge sind den künftigen in der nachstehenden Tabelle gegenübergestellt. Da die Dienstgrade in den USA von denen anderer Länder abweichen, werden die amerikanischen Bezeichnungen beibehalten, die mit Ausnahme von *chief warrant officer* (erster Deckoffizier) unschwer übersetzt werden können. Bei Umrechnung in westeuropäische Währungen muß man wegen der geringeren Kaufkraft des Dollars innerhalb der USA etwa ein Drittel abziehen.

	Gegenwärtiges Gehalt \$	Künftiges Gehalt \$
General	40 827	42 725
Lieutenant general	36 319	38 107
Major general	33 042	34 751
Brigadier general	29 065	30 689
Colonel	24 850	26 389
Lieutenant colonel	19 796	21 122
Major	16 527	17 630
Captain	13 516	14 501
First lieutenant	10 166	11 045
Second lieutenant	7 807	8 659
Chief warrant officer	16 088	17 074
Warrant officer	9 033	9 738
Sergeant major	13 417	14 392
Master sergeant	11 571	12 334
Sergeant, first class	9 980	10 634
Staff sergeant	8 611	9 160
Sergeant	6 889	7 356
Corporal	5 253	6 189
Private, first class	3 931	5 663
Private	3 345	5 311
Recruit	3 165	4 872

Der Rekrut erhält schon nach 4 Monaten den Aufstieg in die nächste Gruppe in Höhe von 5311 Dollar; außerdem erhält er beim Eintritt 3000 Dollar, wenn er sich für einen Zeitraum von 3 Jahren zum Dienst in einer Kampftruppe verpflichtet.

Die zivilen Bundesbediensteten sollen am 1. Juli 1972 eine Gehaltserhöhung von 5 oder 6% erhalten. Wird diese Voraussage erfüllt, woran bei der gegenwärtig gespannten Finanz- und Wirtschaftslage einige Zweifel erlaubt sind, so würden die Angehörigen der bewaffneten Macht auch an dieser Erhöhung teilnehmen.

Dr. Robert Adam, München

Militärausschüsse beider Kammern billigen die Vorhaben für 1972

Die Konferenz der Militärausschüsse beider Kammern erklärt sich grundsätzlich einverstanden mit den Vorhaben für Forschung, Entwicklung und Beschaffung für das Rechnungsjahr 1972. Offen sind immer noch die Entscheidungen über einen Rückzug aus Vietnam, die Erhöhung der Aufwendungen für das Militärpersonal sowie die Genehmigung der Aufwendungen für die Rüstungshilfe an Laos.



Bild 1. Schwenkflügelkampfflugzeug Grumman F-14A. Sichtbar ist unter anderem der Lufteinlauf mit verstellbarer Einlaufschneise für den Motor links.



Bild 2. Der im Flug sichtbare Prototyp des F-14-A, X-1 der inzwischen bei der Flugerprobung verlorengegangen, mit Tragwerk für Start- und Landekonfiguration voll gespreizt.

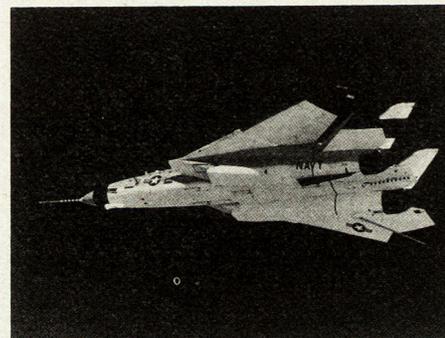


Bild 3. Der X-1 in Hochgeschwindigkeitskonfiguration, deren Tragwerk automatisch, entsprechend der Flugmachzahl bis zu einer Pfeilung von 60 Grad angelegt werden kann.

Es wurden folgende wichtige Zuweisungen gebilligt: 21,3 Milliarden Dollar oder 907 Millionen Dollar weniger als beantragt. Davon entfallen 801,6 Millionen Dollar auf die Navy für 48 Kampfflugzeuge F-14 (siehe Bilder), 1,1 Milliarden für das Fernwaffenabwehrsystem «Safeguard» der Army, 374 Millionen für die Lockheed C-5A der Luftwaffe, 247,1 Millionen für die Beschaffung von 24 ASW-Flugzeugen vom Typ Lockheed P-3C «Orion» und 217 Millionen Dollar für die Beschaffung einer nicht genannten Zahl von Grumman-EA-6B-Intruder-Flugzeugen der Navy.

Interessant ist sodann, daß weitere 95,2 Millionen Dollar für die Beschaffung von «Harrier»-Senkrechtstartern im direkten Ankauf von Hawker Siddeley in England zugesprochen wurden. Die Senatskommission war sogar mit weiteren 24 Millionen Dollar für eine Lizenzfabrikation in den USA einverstanden. Es wurde jedoch eingewendet, daß sich die Aufnahme der Serienfabrikation bei so geringen Stückzahlen nicht lohne und der direkte Ankauf in England bedeutend billiger zu stehen komme.

Die US-Luftwaffe wird 15 bewaffnete «Fairchild-Pilatus-Porter»-Flugzeuge sowie 15 «Helio-Courier» im Kostenaufwand von 14,5 Millionen Dollar erhalten. Es soll damit in einem Versuchsprogramm ermittelt werden, ob sich diese leichten Flugzeuge bei den südvietnamesischen Streitkräften für begrenzte Erdkampfeinsätze eignen.

Vom Schwenkflügelkampfflugzeug F14A der Grumman Aerospace Corporation sind nur die folgenden, sehr spärlichen Daten bekannt:

Als fest eingebaute Bordkanone dient die 20-mm-Waffe M 61-A1, links im Vorderrumpf sichtbar. Als Lenk Waffenfeuerleitsystem dient das AWG-9, von dem unter der Rumpfnase der verkleidete Infrarot- oder Teleskopkopf sichtbar ist. An Waffen werden mitgeführt: 4 × «Raytheon-Sparrow»-Lenk Waffen unter dem Rumpf; an 2 × Unterflügelstationen pro Seite können Brennstoffbehälter und 4 × «Sidewinder»-Lenk Waffen mitgeführt werden. Weiter ist vorgesehen, 6 × «Phoenix»-Lenk Waffen mitzuführen, die unter dem Rumpf und an den Flügelstationen aufgehängt werden. kg

Derzeitiger Stand des Programms zur Entwicklung des strategischen Bombers B1A (siehe auch ASMZ Nr. 9/1971, S. 614)

An Hand einer Holzmaquette (Kostenaufwand 3,3 Millionen Dollar) nahmen Vertreter des US-Luftwaffenkommandos (Aeronautical System Division) eine erste eingehende Überprüfung der bisherigen Entwicklungsarbeiten dieses Projekts vor. Es wurden dabei eine Reihe von Konstruktionsänderungen empfohlen, die als verhältnismäßig gering bezeichnet werden, zumal es sich um ein sehr komplexes und weit-schichtiges Waffensystem handle. Es wurde auch mitgeteilt, daß die vorgesehenen Kosten samt Zeitplänen eingehalten werden konnten. Die Entscheidung darüber, ob das eigentliche Fertigungsprogramm anlaufen soll, fällt im April 1974.

Die Entwicklungs- und voraussichtlichen Fabrikationskosten. Bis zum Zeitpunkt des Entscheids für die Fertigung des B1A rechnet man bei der USAF mit Entwicklungskosten in Höhe von 2 618 300 000 Dollar! Der Gesamtaufwand für die Herstellung der vorgesehenen Flotte von 240 Einheiten ist zum heutigen

Dollarwert mit 8 494 300 000 Dollar veranschlagt worden. Es ergäbe sich daraus ein System- oder Einheitspreis von 35,2 Millionen Dollar pro Flugzeug.

Die Avionikkomponenten sollen gleichlaufend entwickelt werden. Auch ist man sich bereits einig darüber, daß der B 1 A auch als Aufklärer eingesetzt werden soll, indem man Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Infrarotabstastung, mit dem Zweck, einen Aufklärerersatz damit auszurüsten, anlaufen ließ.

Die *Triebwerksausrüstung des B 1 A* wird durch die Firma General Electric vorbereitet, die bereits sehr weitgehende Versuche durchgeführt hat. Vorgesehen ist bekanntlich der Gaskenerator F 101, für dessen Entwicklung allein 2100 Personen eingesetzt sind.

Wie Generalmajor Nelson, Projektleiter des B 1 A, mitteilte, entspreche das Projekt B 1 A dem neuesten Stand der Flug- und Triebwerktechnik, womit der USAF dannzumal ein Kampfmittel übergeben werden könne, das Gewähr dafür biete, während mindestens 20 Jahren im Einsatz zu stehen. Damit dürfte feststehen, daß Militärflugzeuge in Zukunft auch in den USA und nicht nur bei uns ein patriarchalisches Alter erreichen werden! kg

Nuklearversuche der USA und der UdSSR

Nach Angaben des schwedischen Abrüstungsexperten Jan Prawitz von der schwedischen Forschungsanstalt für Verteidigung haben die USA und die Sowjetunion in den Jahren 1945 bis 1970 mehr Atomversuche durchgeführt, als in den internationalen Statistiken angegeben werden. Nach diesen Statistiken hätten im angegebenen Zeitraum die USA 539 Kernladungen gezündet; nach schwedischen Berechnungen waren es jedoch 21 mehr. An russischen Kernsprengungen wurden in den Statistiken 236 angeführt; nach schwedischen Feststellungen waren es 44 mehr. Die hochentwickelte seismographische Forschung in Schweden ermöglichte diese Feststellungen. Im Jahre 1971 haben die USA bis Mitte November 9 Kernladungen zur Explosion gebracht, die UdSSR 14, Frankreich 5 und China eine. Ferner haben die Schweden die beiden Weltmächte nach Angaben von Prawitz mehrfach «ertappt», daß auch bei unterirdischen Atomwaffenexperimenten *Radioaktivität frei* wurde und in die Atmosphäre gelangte, obwohl dies nach dem Moskauer Atomstoppvertrag von 1963 ausgeschlossen sein sollte. z

Sowjetunion

Ende November 1971 kreuzten im Mittelmeer nach Angaben des NATO-Luftwaffenkommandos in Neapel 31 Überwasserschiffe und 10 bis 12 U-Boote der sowjetischen Kriegsmarine.

Ägypten erhielt im Laufe des November von der Sowjetunion eine Anzahl Düsenmaschinen des Typs Tu 16 («Dachs»), von denen man nicht weiß, ob sie für Aufklärungszwecke eingerichtet sind oder als Bomber eingesetzt werden sollen. In den vergangenen Jahren sind Maschinen dieses Typs über dem Mittelmeer häufig zur Aufklärung über Flottenbewegungen der NATO eingesetzt worden.

Zwei zaristische Militärgrade, die 1917 abgeschafft worden waren, sind in der Sowjetarmee wieder eingeführt worden: der «Pra-

porschtschik» (Grad eines Adjutanten) und der «Fähnrich zur See». Der «Rote Stern», Organ des sowjetischen Verteidigungsministeriums, gibt dieser Neuanknüpfung an die militärische Tradition «eine große nationale Bedeutung». z

DDR

Angehörige der ostdeutschen Armee haben im Laufe des November Sicherungsanlagen längs der innerdeutschen Grenze weiter ausgebaut. So wurden an der Grenze gegen den bayrischen Kreis Koburg in einem 3 km langen Abschnitt 8000 Plastikminen verlegt. z

Isarel

Nach einer Meldung aus Beirut soll Israel entlang der äthiopischen Küste ein *Radariüberwachungssystem* eingerichtet und eine enge Zusammenarbeit mit den Geheim- und Sicherheitsdiensten des Negus begonnen haben. Israel wolle auch Marine- und Luftbasen auf äthiopischem Boden einrichten, um den Schutz der israelischen Schifffahrt zum Hafen Eilath zu gewährleisten.

Die israelische Regierung hat als Nachfolger von General Bar-Lew, mit Amtsantritt auf den 1. Januar 1972, General David Eleazar zum Generalstabschef der israelischen Armee ernannt.

Die französische Regierung hat beschlossen, die 50 von Israel bereits bezahlten, aber niemals ausgelieferten *Düsenjäger* des Typs «Mirage V» zurückzukaufen und die französische Luftwaffe damit auszurüsten. Diese Maschinen, welche Israel im Frühjahr 1967 bei den französischen Dassault-Werken bestellt und mit 50 Millionen Dollar vorausgezahlt hatte, fielen unter die Liefersperre, die der damalige Staatspräsident de Gaulle beim Ausbruch des Sechstagekrieges gegen Israel verhängt hatte. Seitdem standen die Flugzeuge unbenutzt in verschiedenen französischen Militärflughäfen. z

China

Am 17. November hat die Volksrepublik China in ihrem Versuchsgelände von Lop Nor eine *Nuklearexplosion* in der Atmosphäre in der Stärke von etwa 20 Kt TNT durchgeführt. Es handelte sich um den zwölften chinesischen Nuklearversuch seit dem 16. Oktober 1964. Nach Ansicht französischer Spezialisten galt der Versuch der Erprobung einer *taktischen* Atomwaffe; China folge damit dem Beispiel der andern Nuklearmächte.

Der letzte chinesische Kernwaffenversuch liegt ein gutes Jahr zurück: am 14. Oktober 1970 wurde eine H-Bombe von 3 Mt zur Explosion gebracht. China, das über einen großen Reichtum an radioaktiven Mineralien und eine sehr leistungsfähige elektronische und mikroelektronische Industrie verfügt, hat sich auf diesem Gebiet stark weiterentwickelt und vergleichsweise rascher als die andern Atom-mächte ein Kernwaffenarsenal entwickelt, das allerdings quantitativ gegenüber der UdSSR und den USA noch einen starken Rückstand aufweist. Ein einziger der zwölf bisherigen Tests wurde unterirdisch durchgeführt. Bereits 1970 begann Peking auch mit dem Bau von Interkontinentalraketen, von denen einige

mit Sprengköpfen für H-Bomben bestückt sein dürften. Die *strategische Luftwaffe* Chinas verfügt über Atombomber mit kurzer und mittlerer Reichweite, und die Marine besitzt 2 U-Boote, die mit Raketen mit Atomsprengeköpfen bestückt sind. – Das chinesische *Militärbudget* beläuft sich nach einer Information aus Paris auf etwa 4,88 Milliarden Dollar, was einem Zehntel des geschätzten Bruttosozialprodukts entspricht. z

Die neue militärpolitische Universität der chinesischen Volksbefreiungsarmee

In China wurde kürzlich eine militärpolitische Universität der chinesischen Volksbefreiungsarmee errichtet. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurde lediglich der Name des stellvertretenden Leiters des Institutes bekanntgegeben. Es handelt sich dabei um einen Offizier namens Jang Tschen. Eine in der chinesischen Presse veröffentlichte Photographie zeigt vier an diesem Institut tätige Ausbilder in der Uniform der Volksbefreiungsarmee beim Studium der Werke von Marx, Lenin und Mao. Nähere Angaben wurden über diese Universität bisher nicht gemacht.

Wie aus den spärlichen Informationen hervorgeht, wurde das neue Institut allem Anschein nach nach dem Vorbild der antijapanischen militärpolitischen Universität Kangta errichtet, die in den späten dreißiger und frühen vierziger Jahren existierte und von Lin Piao geleitet wurde. Diese Universität war während der Kulturrevolution in den leuchtendsten Farben beschrieben worden, um Lin Pios Verdienste zu preisen.

Das militärpolitische Ausbildungsinstitut wird zweifellos ein wertvolles Instrument für die Ausdehnung des Einflusses der Partei innerhalb der chinesischen Streitkräfte bilden. Wie man erfährt, sollen Offiziere mittlerer Dienstgrade an dieser Hochschule regelmäßig Kurse besuchen und bei dieser Gelegenheit gründlichen ideologischen Prüfungen unterzogen werden.

Es ist interessant, daß gerade Jang Tschen zum Kommandanten dieser Institution ernannt wurde. Jang Tschen war während der Kulturrevolution im Jahre 1967 zum Kommandanten der Kantoner Garnison und im Februar 1968 auch zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kantoner Revolutionskomitees ernannt worden, das damals unter der Leitung des späteren Generalstabschefs Huang Jung-schen stand, der jedoch nach den jüngsten Anzeichen wahrscheinlich in Ungnade gefallen ist.

Ende 1969 und Anfang 1970 wurde Jang Tschen einige Male als «führende Persönlichkeit» des Militärdistrikts der Provinz Kwangtung bezeichnet. Er bekleidete das Amt des stellvertretenden Kommandanten. Im Mai dieses Jahres wurde zum erstenmal erwähnt, daß er nach Peking versetzt worden war. Sein Name wurde damals in einer Liste der «verläßlichen Genossen innerhalb der verschiedenen Abteilungen der Volksbefreiungsarmee» genannt.

Es ist an sich ungewöhnlich, daß ein stellvertretender Kommandant eines Provinz-Militärdistriktes eine derartige Beförderung erfährt und einen solch verantwortungsvollen Posten in einem Ausbildungszentrum erhält. Es liegt daher auf der Hand, daß Generalstabschef Huang Jung-schen bei der Beförderung Jang Tschens eine wesentliche Rolle gespielt hat. L.v.T.